

Die Revolution von 1918/19

Einleitung

Als «die größte aller Revolutionen» feierte Theodor Wolff, der Chefredakteur des liberalen «Berliner Tageblatts», in einem Leitartikel vom 10. November 1918 den Sturz der Hohenzollernherrschaft am Tag zuvor. In seinen 1936 im französischen Exil geschriebenen Erinnerungen zeigte er sich hingegen stark ernüchtert: «Bei Berührung mit diesem Ereignis verflüchtigt sich aus der Sprache des Chronisten gewissermaßen jedes Atom einer pathetischen Substanz.» Mit dem Wandel seines Urteils stand der prominente Journalist nicht allein da, denn dieses Urteil entsprach dem Prozess der Verdrängung und Umwertung der Revolution, der schon bald nach 1919 eingesetzt hatte. In der Rückschau erschienen die umwälzenden Ereignisse des November 1918 in immer grellerem Licht. Mit dieser Revolution mochte sich kaum mehr jemand identifizieren, nicht einmal die Sozialdemokraten, die von der politischen Rechten und später den Nationalsozialisten als «Novemberebrecher» diffamiert wurden. So wurde der November 1918 nicht zum Gründungsmythos der Weimarer Republik, und in ihrer Schlussphase, erst recht nach ihrem Scheitern, verstärkten sich die Zweifel, ob das, was sich in ihrer Geburtsstunde zugetragen hatte, überhaupt den Namen einer Revolution verdiente.

Diese Sicht auf die Revolution von 1918/19 änderte sich nach 1945 grundlegend. Die führenden Repräsentanten der Sozialdemokratie wurden vom NS-Stigma der «Novemberebrecher» befreit. Gleichzeitig hieß es, für ihren Kurs der scharfen Abgrenzung nach links und der engen Zusammenarbeit mit den alten Eliten des Kaiserreichs habe es keine Alternative gegeben, denn andernfalls wäre Deutschland ins Fahrwasser des «Bolschewismus» geraten. Diese Deutung, die ganz im Zeichen einer antikommunistisch ausgerichteten Geschichtspolitik stand, fasste Karl Dietrich Erdmann 1955 so zusammen: entweder «die soziale Revolution im Bündnis mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bündnis mit den konservativen Kräften wie dem alten Offizierskorps».

Erdmanns These erlangte in der westdeutschen Geschichtswissenschaft der 50er Jahre nahezu kanonische Bedeutung, während in der offiziellen Geschichtskultur der DDR, anknüpfend an die Polemik der KPD in der Weimarer Republik, ein Bild der Novemberrevolution gepflegt wurde, in dem die vermeintlich verpassten Chancen für eine grundlegende sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft hervortraten. Der SPD-Führung wurde in diesem Zusammenhang «Verrat» an den Interessen der Arbeiterklasse vorgeworfen. An diesem Bild sollte sich auch in den folgenden Jahrzehnten wenig ändern. Die DDR feierte sich selbst als den deutschen Staat, in dem «das Vermächtnis der Novemberrevolution verwirklicht» worden sei.

In der Bundesrepublik aber setzte in den frühen 60er Jahren mit dem Ende der Adenauer-Ära und den damit einhergehenden Veränderungen des politischen Klimas eine Revision ein. Erdmanns Deutung wurde nun aufgegeben zugunsten der These von einer «Offenheit» der Situation, die den verantwortlichen Politikern einen relativ großen Handlungs- und Entscheidungsspielraum geboten habe. In diesem Zusammenhang rückten Eberhard Kolb (1961) und Peter von Oertzen (1963) die Rätebewegung in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses – und mit ihr die Frage nach den versäumten Chancen einer durchgreifenden Demokratisierung des Obrigkeitsstaates. Die Räte, vordem als Werkzeuge des «Bolschewismus» verdächtigt, erschienen jetzt als Träger eines «radikaldemokratischen Potentials», das, wäre es genutzt worden, der Republik von Weimar zu größerer Stabilität hätte verhelfen können. Scharfe Kritik richtete sich an die Adresse der SPD-Volksbeauftragten, weil sie es versäumt hätten, sich dieses Potenzial zunutze zu machen.

Das neue Bild der Revolution beherrschte die Forschungsdiskussion auch der folgenden Jahrzehnte, doch seit den späten 70er Jahren wurden daran einige Korrekturen vorgenommen. Von einer romantisierenden Überhöhung der Rätebewegung, wie sie im Gefolge der Studentenbewegung von 1968 im Schwange war, ist man längst abgerückt. Die Räte wurden nicht mehr daran gemessen, was sie hätten sein sollen, sondern was sie tatsächlich waren, und da zeigte sich, dass die meisten, jedenfalls in der ersten Phase der Revolution, weder radikaldemokratisch noch gar revolutionär waren, sondern sich eher als der verlängerte Arm der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften verstanden und ihre Aufgabe vornehmlich in der Sicherung von «Ruhe und Ordnung» erblickten. Mit der Entmythologisierung der Räte verbunden war eine deutliche Abschwächung der Kritik an der SPD-Führung. Ihr wurde nicht mehr vorgeworfen, dass sie mit den Vertretern des alten Regimes zusammengearbeitet, sondern dass sie diese Zusammenarbeit über das unbedingt notwendige Maß hinaus betrieben habe. Heinrich August Winkler hat diese gleichsam gezähmte Kritik an den SPD-Volksbeauftragten in seinen wegweisenden Arbeiten auf die Formel gebracht: «Die Sozialdemokraten hätten bei stärkerem Gestaltungswillen mehr verändern können und weniger bewahren müssen.»

Nachdem sich die Forschungen zunächst auf die Brennpunkte des revolutionären Geschehens in den Metropolen und Industriegebieten konzentriert hatten, rückten seit den 80er Jahren auch die agrarischen Regionen und die Provinz ins Blickfeld. Eine Fülle von regional- und lokalgeschichtlichen Untersuchungen hat das Bild ergänzt und zum Teil differenziert, an den grundlegenden Erkenntnissen aber nichts mehr verändert. Der frühe Begriff «Novemberrevolution» ist mittlerweile preisgegeben worden, weil er die Perspektive zu sehr auf den bloßen Vorgang des Staatsumsturzes im November 1918 reduziert hat. Dieser bildete jedoch nicht den Abschluss, sondern den Auftakt des revolutionären Geschehens, das sich über mehrere Monate erstreckte und zwei Phasen durchlief: eine erste, die von der Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte Anfang November 1918 bis zur Niederschlagung des Berliner Januaraufstands und den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 reichte; eine zweite, die durch eine Radikalisierung der revolutionären Bewegung gekennzeichnet war und mit der Niederwerfung der Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919, der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni und der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung durch die Nationalversammlung am 31. Juli endete. Der heute übliche Begriff «Die Revolution von 1918/19» trägt dem Charakter dieses Prozesses Rechnung. Gelegentlich unternommene Versuche, dem noch eine dritte Revolutionsphase vom Sommer 1919 bis zum Kapp-Putsch im März 1920 hinzuzufügen, können kaum überzeugen, weil diese Phase bereits deutlich im Zeichen der Gegenrevolution stand.

Der hier nur kurz umrissene Gang der Forschung zeigt, dass die Revolution von 1918/19 bis heute ein Politikum geblieben ist, auch wenn das Interesse, verglichen mit früheren Jahrzehnten, nachgelassen hat: Es ist, wie Reinhard Rürup schon 1993 konstatierte, «insgesamt eher still um die Revolutionsgeschichte geworden». Im Wandel der Deutungen lassen sich jeweils Verschiebungen im gesellschaftlichen Klima der Bundesrepublik und im politischen Kategoriensystem der Historiker ausmachen. Eine Frage allerdings hat die Revolutionsforschung durch alle ihre Phasen begleitet: Inwieweit nämlich die Gründungskonstellation von 1918/19 das katastrophale Scheitern der Weimarer Republik 1930 bis 1933 bereits in sich barg. Vielleicht kann diese Überblicksdarstellung dazu beitragen, auch auf diese Frage eine Antwort zu geben.

(In: Volker Ullrich: Die Revolution von 1918/19. Verlag C.H. Beck, München 2009, S. 7-10.)